



Bierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Gr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Zeile in Petitschrift 1 $\frac{1}{4}$ Gr.

Erredition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Telegraphenbeamten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 112. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 7. März 1865.

Preußen.

Berlin, 6. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allgemein genehmigt: Dem Ober-Post-Sekretär Couvre zu Potsdam den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; so wie den Rentner Gustav Plathoff und den Kaufmann Johann Abraham Holz zu Elberfeld, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffene Wahl gemacht, als Beigeordneter der Stadt Elberfeld für die gesetzliche sechsjährige Amtszeit zu bestätigen.

[Beläntmachung.] Durch Bekanntmachung vom 12. Februar 1863 ist die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Kriegsmunition aller Art, insbesondere von Geschossen, Schießpulver, Zündhütchen, Flintensteinen, im gleichen von Blei, Schwefel und Salpeter über die Grenze gegen Russland und das Königreich Polen bis auf Weiteres verboten.

Dieses Verbot wird auf Grund allerhöchster Ermächtigung vom 15. d. M. hierdurch hinsichtlich der Ausfuhr und Durchfuhr des nach Russland bestimmten Schwefels, Salpeters und Blei's, soweit dieselbe über die Grenze gegen Russland, d. h. von der Ostsee bis Schmalenlingen stattfinden soll, aufgehoben. Im Übrigen bleibt das durch die obengedachte Bekanntmachung angekündigte Verbot bestehen, also namentlich auch hinsichtlich der Ausfuhr und Durchfuhr von Schwefel, Salpeter und Blei nach dem Königreiche Polen. Berlin, den 28. Februar 1865. Der Finanz-Minister. v. Bodenschnieth.

Berlin, 6. März. [Se. Maj. der König] empfing den Ober-Schlosshauptmann Grafen v. Keller, und nahm demnächst den Vortrag des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths Costenoble entgegen.

[Ihre Maj. die Königin] wohnte am Sonnabend der 9. Vorlesung im wissenschaftlichen Verein bei, und besuchte gestern den Gottesdienst in der Marienkirche. (St.-Anz.)

O. C. [In der heutigen Sitzung der Militär-Commission] stellte Aha. Stabenhagen die Einbringung seines Amendements, betreffend die Feststellung des Präsenzstandes in sichere Aussicht, ohne jedoch die von ihm zu beantragende Besserung schon jetzt anzugeben, und befürwortete dann die verschiedenen Standpunkte, die sich in der vorigen Commissionssitzung im Widerstreit gegen seinen Anwendungsversuch geltend gemacht hatten; den des Abg. v. Kirchmann, der den Conflict als eine Wohlthat für das Land aufzufassen; den des Abg. Waldeck, der die Rückkehr zum Zustande vor 1859 für möglich halte; den der Abg. Zimmermann und v. Unruh, die zwar auf Veränderungen der Reorganisation eingehen wollten, aber den gegenwärtigen Moment nicht dazu für geeignet hielten. Die Feststellung des Präsenzstandes würde auch für das Abgeordnetenhaus den Vortheil haben, bei der Budgetberatung eine feste Unterlage zur Bestimmung der Ausgaben für die Armee zu gewähren. Abgeordneter v. Jordenbeck führte aus, dass es gegenwärtig nicht mehr zulässig sei, keine in der vorigen Session gebrachten Abänderungs-Vorschläge zu wiederholen; die Initiative, die das Haus früher ohne Erfolg zu ergreifen gesucht habe, sollte jetzt der Regierung umso mehr zu, als sie nicht sage, was sie wolle. Die Situation habe sich durchaus verändert. An der Regierung sei es, vorzugehen und zunächst Indemnität zu verlangen. Das Haus könnte allenfalls eine Resolution fassen, dass es nach thatächlicher Anecknung des Budgetgetriebes und eingeholter Indemnität seitens der Regierung auf die Bewilligung des Präsenzstandes eingehen könne. Wenn Stabenhagen aus der Bewilligung eines Vortheils für das Finanzgefecht ziehen zu können glaube, so sehe das ein Vertrauen voraus, das er (der Redner) nicht habe und zu dem kein Material vorhanden sei. Er erinnert an die direkten Fragen, die v. Unruh in der vorigen Sitzung in Bezug auf die Möglichkeit, an der Reorganisation etwas zu ändern, an den Kriegsminister gerichtet und an die Antwort, die er erhalten habe. Der Kriegsminister erwiederte darauf, dass auch die Regierung kein Vertrauen zum Hause habe und darum ihr legt's Wort noch nicht aussprechen wolle. Sie könne nur einem Abkommen ihre Zustimmung geben, das der Majorität im Hause füre sei. Ungeachtet er das Bedürfnis der Regierung, Indemnität nachzusuchen, an, und zweifelte nicht daran, dass sich eine Form für die Nachprüfung finden lasse werde. — Eine in der vorigen Sitzung getane Neuerung des Ministers, dass die Verwaltung der Reorganisation böse politische Folgen haben werde, wurde heute als eine Drohung ausgelegt. Der Herr Minister interpretierte seine Worte aber dahin, dass er nur die übeln Folgen für das Land, aber nicht für das Haus der Abgeordneten oder die Opposition im Sinne gehabt. Abg. v. Höverbeck erklärte sich für einfache Ablehnung aller Amendements und gegen jeden Amendungsversuch. Er halte auch eine Verschaffung für wünschenswert und möglich, aber nicht mit dieser, sondern nur mit einer künftigen Regierung, der auch allein die Indemnität zu bewilligen sein werde. Abg. Andritz wollte die Reorganisation gegen das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit annehmen; Abg. Mühlbeck verlangte vorher die Gesetzvorlagen über die Minister-Verantwortlichkeit und die Stellung der Oberrechtskammer. Abg. Waldeck legte in einem sehr ausführlichen Vortrage seinen Standpunkt dar; er vertheidigte das alte System und die Landwehr.

Zwischen dem Kriegsminister und dem Abg. Gneist stand eine kurze Diskussion statt, ob die Cabinetsordre vom 22. Dez. 1819 ein Gesetz sei oder nicht. Der Minister wollte sie den reglementarischen Bestimmungen beizählen, die daher auch einseitig geändert werden dürften, ohne Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Faktoren. Die erwähnte Cabinetsordre sei zwar in der Gesetzesammlung publiziert, aber nicht durch den Staatsrat gegangen. Abg. Gneist bestreit diese Aussage auf das Bestimmteste: Die Publikation in der Gesetzesammlung genüge, um den Charakter der Cabinetsordre festzustellen, und solcher Gelege, die reglementarische, ins Detail gehende Bestimmungen enthielten, ließe sich eine große Zahl nachweisen. — Die nächste Sitzung der Militär-Commission findet am Donnerstag statt.

Ein anderer uns zugänglicher Bericht über die Neuerung des Kriegsministers lautet: Der Kriegsminister wies jede persönliche Drohung zurück und erläuterte seine Worte mit einem Hinblick auf die politische Lage des Landes, namentlich gegenüber den neuesten auswärtigen Verwicklungen. Er bemerkte ferner, dass die Reg. auch heute noch Bedenken trage, mit dem Auspruch ihrer letzten Gedanken vorzugehen, denn sie könne dann nicht zurück, die letzte Karte sei dann ausgespielt, während das Haus sich in weit günstigerer Lage befindet. Die Regierung könne keinem Abkommen zutreffen, bevor sie nicht sicher sei, dass dasselbe auf Majorität im Hause zu rednen habe. Man hätte die großen Fragen der Politik mit in die Debatte gezogen, und der Minister könne darüber als einzelnes Mitglied der Regierung sich nicht vollständig äußern; allein er versicherte, dass die Regierung beachtigte, die Staats-Vorlagen dem Hause so fristig zu machen, dass sie noch vor Beginn des betreffenden Jahres Gesetzeskraft erlangen könnten. Indemnität würde die Regierung bei der Rechtslegung ohnehin verlangen müssen, es würde dies wohl auch in einer Form geschehen, welche allen billigen Anforderungen entsprechen dürfte. Auch hätte die Regierung ihre Anträge in Bezug auf die Marine-Vorlagen nicht geändert, vielmehr würde diese Vorlage, welche bis jetzt nur durch Vernehrung von Sachverständigen aufgehalten worden, dem Hause nächstens zugehen.

O. C. [Aus der ersten Sitzung der Militär-Commission] vom Sonnabend tragen wir noch folgenden bemerkenswerten Zug nach. Auf die Bemerkung eines Mitgliedes, dass im diesjährigen Etat frühere Entlassungen der gebürtigen Mannschaften und spätere Einstellungen der Recruten nicht in Aussicht genommen zu sein schienen, somit noch eine strengere Durchführung der Reorganisation als bisher beabsichtigt wäre, erwiderte der Kriegsminister, dass, wenn auch die Regierung des Principes wegen im diesjährigen Budget die zur vollen Durchführung der Reorganisation mit voller dreijähriger Dienstzeit erforderlichen Summen verlangt habe, doch damit nicht ausgeschlossen wäre, dass, wenn die Bewilligung erfolgt wäre, den finanziellen Verhältnissen Rechnung zu tragen und das Budget durch spätere Einstellung der Recruten, resp. frühere Entlassung der ausserexercitirten Leute zu erleichtern sei.

[Die Budget-Commission.] Am 4. d. Ms. wurde der Budget-Commission der Staatsministerial-Beschluss mitgeteilt, der die Grundlage feststellt, nach welchen die budgetlose Verwaltung geführt werden ist. Die Commission beschloß, diese Mitteilung als Anhang zu dem allgemeinen Bericht drucken zu lassen und in der nächsten Sitzung zu beschließen, ob über diesen Staatsministerial-Beschluss ein Nachtragsbericht zu dem allgemeinen Bericht erstattet werden solle. Aus dieser Mitteilung geht u. A. her vor, dass die vom Hause verweigerten Positionen von 31,000 Thlr. zu besonderen

politischen Zwecken und von 35,000 Thlr. zu Zwecken der geheimen Polizei Etat des Ministeriums des Innern verwendet werden sind. Dagegen sind 253,000 Thlr. die zu produktiven Zwecken bewilligt waren (wie 10,000 Thlr. für Bohrversuche auf Steinsalz in Schlesien, 50,000 Thlr. Rundsch. zu dem Fonds für größere Landesmeliorationen und Deichbauten, 10,000 Thlr. zum Ankauf von Wieden für die Haupt- und Landesgesellschaften etc.) nicht verwendet worden; 200,000 Thlr. Rundsch. zum Chaussee-Neubau-Fonds und 35,000 Thlr. zu Bauprämiens an Bergleute, welche gleichfalls bewilligt waren, sollten nach dem Beschluss des Ministeriums in jeder zulässigen Weise befrüchtet werden. Bauten und Anlagen, welche noch nicht in Angriff genommen waren, sind nicht in Angriff genommen worden.

[Der allgemeine Bericht der Budget-Commission.] Heute endlich ist der allgemeine Bericht der Budget-Commission zur Bertheilung gelommen. Er ist 144 S. stark, die tabellarischen Überichten nehmen fast die Hälfte der Druckschrift ein. Die Einleitung legt die besondern Gründe dar, welche den Bericht veranlasst haben: eine neue Militär-Einnahme von 7,147,641 Thlr., die gestiegerten Forderungen für den Militär-Etat, in welchen der Ursprung des Verfassungs-Conflictes zu suchen ist (das Jahr 1855 ist das vierte Jahr der verfassungswidrigen budgetären Verwaltung). daneben bedeutsame Erscheinungen hinsichtlich der Entwicklung des Wohlstands, namentlich in den östlichen Provinzen, welche mit der Erhöhung der direkten Steuern zusammenhängen u. s. w. Die Verhältnisse der Ober-Rechtskammer und die Errichtung der Justizverwaltung erschweren aber den vergleichenden Rückblick auf die Vergangenheit und die sichere Prüfung jedes einzelnen Etats-Entwurfs. Beide Punkte werden erörtert. Auch führt die statistischen Nachrichten und Tabellen fehlen, obgleich oder vielleicht weil erst neuerdings das statistische Bureau besser dient worden ist. „Die Commission muhne mit eigenen Kräften ohne Unterstützung durch eine vollständig für sich bestehende Calculatur des Hauses arbeiten und die Arbeit muhne geleistet werden, ohne Unterbrechung der Geschäfte des Hauses, dessen Existenz bei den Grundlinien des budgetlosen Regiments auch nicht auf Wochen oder Tage hinaus gesichert erscheint.“ Es folgen dann die einzelnen Etats: Staats- und öffentliche Schuld, Domänen und Forstverwaltung, u. s. w. bis zum Kriegs- und Marineministerium. (Abschnitt 16 u. 17.) Bei den Verhandlungen über das letztere erklärt der Reg. Commis. das die Vorlegung des Flotten-Grundungssplanes noch in dieser Session mit Sicherheit zu erwarten sei. Das Material, das die Denkschrift der Presse und dem Lande bietet, ist so reichhaltig, dass wir uns mit diesen Andeutungen begnügen müssen und nur bei den belasteten sechs Anträgen verweilen, mit denen die Berichterstattung schließt.

Die ersten drei Anträge wurden von den Commissarien der Staatsregierung bekämpft. Der Vertreter des Finanz-Ministeriums führte an: „In dem vorliegenden Berichte sei eine Norm, nach welcher die Bertheilung der Ausgaben zu bewirken gewesen wäre, nicht bezeichnet, sondern es sei nur dargelegt, dass in verschiedenen Verwaltungszweigen noch Bedürfnisse zu befriedigen seien und dass die Militär-Verwaltung in den letzten Jahren von den disponiblen Mehreinnahmen eine verhältnismäßig gröbere Summe erhalten habe, als die übrigen Verwaltungen. Hieraus könne noch keineswegs eine ungleiche Bertheilung der Einnahmen gefolgt werden, weil ein einzelnes Jahr oder einige Jahre keinen Maßstab gäben. Für die gewöhnlichen Bedürfnisse der Militär-Verwaltung seien im Jahre 1840 in Wirklichkeit 26,700,000 Thlr. verwendet, im Jahre 1859 dagegen 31,432,000 Thlr., es sei daher in 19 Jahren eine Bedarfssteigerung von 4,732,000 Thlr. eingetreten, was im Durchschnitt eine jährliche Steigerung von 249,000 Thlr. ergibt. Bei den verschiedenartigen Bedürfnissen der Militär-Verwaltung und bei Berücksichtigung der Veränderung im Werthe des Geldes könne diese Steigerung nur gering genannt werden. Im Jahre 1859 sei eine Umgestaltung der Heeres-Einrichtungen als notwendig erkannt, und es könne nicht auffallen, dass hierfür bis 1865 eine Erhöhung des Etats um 9,900,000 Thlr. in Anspruch genommen sei.“

Ahnliche Verhältnisse traten auch in anderen Verwaltungszweigen her vor. Der ordentliche Etat der Justiz-Verwaltung ernebe z. B. für das Jahr 1848 einen Bedarf von 6,587,000 Thlr., für 1865 betrage die Ausgabe 11,706,000 Thlr., es sei daher in 17 Jahren eine Bedarfs-Steigerung von 5,119,000 Thlr., oder durchschnittlich jährlich von 300,000 Thlr. eingetreten, und zwar ebenfalls durch nothwendig gewordene wesentliche Umgestaltungen in den Einrichtungen dieser Verwaltung.“

Die Bertheilung der alljährlich disponiblen Mehreinnahmen erfolge in der Weise, dass die Bedürfnisse der einzelnen Verwaltungen zusammengefasst und nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit berücksichtigt würden, so dass die einzelne Verwaltung in dem einen Jahre mehr, in dem andern weniger erhalte.“

Der Vertreter des Kriegsministeriums legte gegen den zweiten Antrag Berwahrung ein. Die Aufstellung des Staatshaushalts-Etats und das Verhältnis des Militär-Etats in demselben sei ein Resultat der Beratung des gesamten Staatsministeriums, ein einzelner Reg. Chef könne unmöglich einen neuen Etat aussuchen. Es müsse der Special-Debatte vorbehalten bleiben, ob und welche Erhöhungen eintreten könnten, ohne der Schlagfertigkeit des Heeres zu schaden.

Die Frage, worin im Etats-Entwurf das so oft behauptete Entgegenkommen der Regierung zu finden sei, blieb von den Vertretern der Staatsregierung unbeantwortet.

Gegen den 6. Antrag wurde, nachdem über den 4. und 5. Antrag in bereits bekannter Weise verhandelt worden, seitens des Vertreter der Staatsregierung bemerkt: Auch auf diesen Antrag könne die Staatsregierung nicht eingehen. Zur Deduktion der im Etat für 1865 ausgeworfenen Ausgaben zum Betrage von 150,448,774 Thlr. bedürfe sie der ganzen Einnahme aus der klassen- und Einkommensteuer, und sie werde dieselbe auch später nicht entbehren können. Der Gedanke, welchen dieser Antrag ausdrückt, sei nicht neu. Ähnliche Einrichtungen bestanden bereits in einigen kleinen deutschen Staaten, es könne aber nicht zugesagt werden, dass die selben auch für den größeren Staat Preußen zweckmäßig seien. Der Antrag verlange, dass die Staatsregierung in die Beschaffung eines wichtigen verfassungsmäßigen Rechts, die gesetzlich bewilligten Steuern und Abgaben unter allen Umständen fortuerheben, willigen und dem Abgeordnetenhaus die Befugnis zugeschenken solle, einen bedeutenden Theil der Steuern alljährlich neu zu bewilligen. Es handele sich daher eigentlich wohl um eine Abänderung der Verfassung, welche die Staatsregierung entschieden ablehnen müsse.

Der 7. Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, den vorgelegten Entwurf des Staatshaushalts-Etats juristisch zu prüfen und einen neuen Entwurf vorzulegen, wurde abgelehnt. Motiv hierzu war, dass der Antrag während des laufenden Etatsjahres die Jurisdicition eines von der Staatsregierung vorgelegten Etats-Entwurfs fordere. Ob die Staatsregierung hierzu noch während des Etatsjahres befugt sei, könne zweifelhaft sein und sei in früheren Jahren bezweifelt worden. Man könne die Staatsregierung, die allerdings gegen die Bestimmungen des Art. 99 der Verfassung des Etats-Entwurfs viel zu spät vorgelegt habe, nicht auffordern, einen Schritt zu thun, dessen Verfassungsmäßigkeit in früheren Jahren vom Hause selbst bezweifelt worden.

Der Bericht schließt mit den Worten: „Durch die Beschlüsse des Hauses vom 7. und 13. Oktober 1862, vom 7. Februar 1863 und 25. Januar 1864 hat das Hause bereits seine in der Verfassung unzweckhaft festgelegten Rechte in Betreff der Finanzen wiederholter gewahrt. Wenn es jetzt in die Beratung des vorgelegten Staatshaushalts-Etats-Entwurfs eintritt, so gewährt es seinerseits damit die Möglichkeit zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.“ Die eben angeführten Beschlüsse des Hauses lassen einen nochmaligen Protest gegen das budgetlose Regiment beim Eintritt in die Etatsberatung zweck- und fruchtlos erscheinen. Die Commission enthält sich deshalb, denselben vorzuschlagen.“

[Artillerie-Commission.] Die „Spen. Ztg.“ schreibt: Auf Befehl Sr. M. des Königs ist eine Commission von höheren Artillerie-Offizieren niedergesetzt worden, welche über verschiedene Artillerie-Angelegenheiten, Organisation etc. in Beratung treten und sich gutachtlässt.

[Kein zweites See-Bataillon.] Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „Kreuzz.“, dass die Nachricht von der bevorstehenden Organisation eines zweiten See-Bataillons, mit welcher man sich im Publi-

kum bereits beschäftigt, bis jetzt der Begründung entbehrt. Eine angemessene Vermehrung auch der Seetruppen muss selbstredend in der weiteren Entwicklung der königlichen Marine einbezogen sein, jedoch stehen derartige neue Organisationen für jetzt noch keineswegs in näherer Aussicht.

[Nach Ausführung der neuen Organisation der Artillerie] beträgt der Zuwachs dieser Waffe 27 neue Batterien und gegen das Verhältnis von 1859 36 Festungs-Artillerie-Compagnien. Zwanzig sind von diesen schon errichtet und sechs stehen sich eben noch in der Bildung begriffen; dafür kommen von den legeren jedoch in Abrechnung einige aus 1859 bestehende Festungs-Reserve-Artillerie Compagnien und die eben erst reduzierten neuen Artillerie-Handwerker-Compagnien, so dass die wirkliche Vermehrung eigentlich nur 22 Compagnien beträgt. Die Geschützzahl der preußischen Artillerie wird für den Friedensstand durch die 27 neu errichteten Batterien um 108 bespannte Geschütze vermehrt, wogegen, da die Batterien auf dem Kriegsfusee künftig nur noch 6 statt früher 8 Geschütze zählen werden, das Verhältnis auf dem Feldfusée ganz unverändert bleibt. (Ostl. Ztg.)

[Die vorläufige Unterzeichnung des Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Österreich] wird, dem Vernehmen nach, am nächsten Mittwoch erfolgen. Die Denkschrift, mit welcher die diesseitige Staatsregierung den Vertrag der Landesvertretung vorlegen wird, ist bereits in der Bearbeitung.

[Der Nordostsee-Kanal.] Die vom Frhrn. v. d. Heydt jetzt mittels besonderen Rundschreibens an die Mitglieder des Comite's für den Nordostsee-Kanal verlaubte Denkschrift des Geh. Ober-Bauraths Lenze veranschlagt die Ausführungskosten des Kanalprojekts Eckernförder-St. Margarethen in Summa auf 28,192,000 Thlr. Die mutmaßlichen jährlichen Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb dieses Kanals sind auf 200,000 Thlr. veranschlagt. Der mit typographischer Vorzüglichkeit in der k. Staatsdruckerei hergestellte Denkschrift ist eine das Profil und die Lage des Kanals darstellende Beilage angefügt, welche die Anschauungen der Denkschrift in hohem Grade veranschaulicht.

[Danzig, 3. März. [Marine.] Außer den seidenpflichtigen Matrosen sind der „Westpr. Z.“ zufolge, am 1. d. M. auch sämtliche contractlich engagirte geweihte Heizer und Maschinisten entlassen. Die Maschine in Sr. Majestät Corvette „Hertha“ ist bereits seitweilen montiert, dass innerhalb 8 Tagen die erste Probe auf der Stelle stattfinden kann, für die Corvette „Medusa“ fehlen noch die Dampfkessel, welche mit dem Dampfer „Ida“ bei offener Schiffahrt eintreffen werden.

[Stralsund, 1. März. [Gymnasial-Director Nizze.] Die Verhandlungen des Rathes mit dem Herrn Minister des Unter-richts haben dahin geführt, dass der Minister vom Schlusspassus seines Erlasses vom 13. Dez. v. J. betreffend die unfreiwillige Quiescenz des Herrn Gymnasial-Director Dr. Nizze zum 1. April, zurückgetreten ist. Director Nizze ist hierauf unter 24. Januar aus eigener Bewegung beim Rath um seine Entlassung zu Michaelis eingetragen.

[Danzig, 4. März. [Die Auseinandersetzung zwischen den preußischen und dänischen Commissarien mit Dänemark.] Nach den aus Kopenhagen hierher gelangten Nachrichten scheint die dort zusammgetretene finanzielle Auseinandersetzung-Commission auf dieselben Schwierigkeiten zu stoßen, welche bei den Friedensconferenzen in Wien die Verhandlungen so sehr verzögerten. Die dänische Halsstarrigkeit bewährt sich wieder im vollen Maße; eine gemeinschaftliche Thätigkeit der verschiedenen Commissare ist dänischerseits abgelehnt, so dass schriftlich correspondirt werden muss. Bei den in Betracht kommenden schwierigen Fragen und dem umfangreichen Material, welches vorliegt, würde nur ein durchaus entgegenkommendes Verhalten die Sache fördern können; dauert aber die dänische Widerwilligkeit fort, so ist gar nicht abzusehen, wie lange Zeit verhandelt werden und ob die Commission nicht vereinzelt resultatlos auseinander gehen muss. Es wäre dies allerdings für die beteiligten Einwohner beider Staaten der allerschlimmste Ausgang und kann man wohl hoffen, dass dänischerseits, wenn es auf's Neuerste kommt, nachgegeben und nur versucht

gement ebenfalls bei der in Hadersleben tagenden Grenzregulierungskommission, welche auch jetzt, wo der Schnee geschmolzen ist, mit ihren Arbeiten nicht vom Flecke kommen soll. Gegen die kommunale Trennung der Grenzdörfer werden alle möglichen Einwendungen erhoben, bald wird das Kirchenvermögen, bald die Gemeindegrundstücke und Wege für die abgetrennten Theile gefordert. Jedoch haben auch hier die Verhandlungen einen weitaußgehenden Charakter. Die in Folge der Kriegsergebnisse zusammengetretenen Commissionen scheinen überhaupt keine schlimme Entscheidung herbeiführen zu sollen; davon giebt insbesondere die seit September v. J. in Hamburg tagende Prisenuntersuchungs-Kommission ein Beispiel. Der Geschäftskreis dieser Kommission war wohl kein bedeutender, sie scheint aber noch nicht am Schlusse ihrer Untersuchungen angelangt zu sein.

(H. N.)
[Personalien.] In diesen Tagen ist der neu ernannte Chef der dritten Section der Landesregierung, der bisherige Staatsanwalt v. Steemann, zur Übernahme seiner Functionen hier eingetroffen. — Die Leitung des neu gebildeten statistischen Bureaus für die Herzogthümer ist dem Landrat a. D. v. Labergne-Pequilien übertragen. (J. R. B.)

K merika.

New-York, 22. Febr. [Vom Kriegsschauplatz.] Die Räumung Charleston's von Seiten der Konföderirten erfolgte in der Nacht vom 17. d. Mts. Ehe sie die Stadt verließen, vernichtete sie zwei Panzerschiffe und vernagelten die in den Festungswerken befindlichen Geschütze. Es war der Befehl ertheilt worden, 6000 im oberen Theile der Stadt lagernde Ballen Baumwolle zu verbrennen; das Feuer ergriß einen in einem Eisenbahnkuppen aufgeschichteten Vorrath von Munition, es kam zu einer Explosion und eine sich nach allen Seiten hin verbreitende Feuersbrunst war die Folge. Dem Bernehmen nach sind über zwei Drittel der Stadt in Asche gelegt und mehrere Hundert Einwohner getötet oder verletzt worden. Die Unionstruppen entdeckten die Räumung der Stadt erst am Morgen des 18. Um 2 Uhr Nachmittags besetzte eine von der James-Insel entsandte Abtheilung die Forts. Admiral Dahlgreen und General Gilmore dampften an Bord von Kanonenbooten den Hafen hinauf und landeten am Werft. Sie fanden in der Stadt Niemanden als Neger und den ärmsten Theil der Bevölkerung, da die reicherer Bewohner, die Räumung voraussahend, schon vor ein paar Wochen ausgewandert waren. Den amtlichen Depeschen des Generals Gilmore zufolge sind ihm 200 Kanonen und eine geringe Quantität Munition in die Hände gefallen. Zu Ehren dieses Erfolges und der Wiederaufpflanzung der Unionflagge auf Fort Sumter hat Präsident Lincoln verfügt, daß am Geburtstage Washington's in jedem Arsenalen und Hauptquartiere in den Vereinigten Staaten Feuerwehrabzeichen abgefeuert werden sollen, und daß das Staats-Departement zu Washington am Abend erleuchtet werden soll. Sherman stand am 19. d. Mts. zu Winnsborough, 30 Meilen südlich von Columbia. Eine Schwadron Konföderirter sprengte vorgestern in Cumberland (Maryland) herein, überraschte die Wache und entführte die Generale Kelly und Crook. — Capitän Semmes, der frühere Befehlshaber des Kaperschiffes Alabama, ist zum Contre-Admiral avancirt. Es ist ihm der Befehl über das Südgescwader im Jamesflusse übertragen worden. Der "New York Tribune" zufolge hat Lincoln Herrn Hughes McCullough aus Indiana zum Nachfolger Fessenden's als Finanz-Minister ernannt.

A f f e n.

Shanghai, 8. Januar. [Der chinesische Aufstand] greift neuerdings wieder weiter um sich. Das Einzige dabei, bemerkte die "Times", was für uns ein großes praktisches Interesse hat, ist, zu wissen, wie nahe die Insurgenten unseren Handelshäfen sind und wie sie unsere Interessen voraussichtlich berühren werden. Wir hörten vor einiger Zeit, sieben Provinzen seien in der "Pekinger Zeitung" als im Aufbruch begriffen genannt, eine große Anzahl von Städten sei genommen und geplündert und ein Seehafen, der auf dem Punkte stand, unterem Handel erschlossen zu werden, angegriffen und zerstört worden. Jetzt lesen wir, daß die wüsten Banden der Taiyings in bedeutender Stärke zu Fohien stehen, einen großen Tschekangs in ihrer Gewalt haben und daß es in Kiangsu zu blutigen Gefechten gekommen ist. Der Darstellung unseres Corresp. zufolge, der Canton selbst wiederum für bedroht zu halten scheint, beschränken sich die Operationen der Aufständischen nicht auf diese beiden Provinzen, und es läßt sich im Allgemeinen annehmen, daß die Rebschlüsse sich über den ganzen Küstenstrich zwischen Ningpo und Canton, sowie auch über die weiten Gebirgs- und Thedistricte der Hinterländer jener Küste erstrecken. Der neue Rebellenführer, der sich an der Spitze eines 50.000 Mann starken, wohl ausgerüsteten Heeres in einer Stadt, Namens Tschang-tcho, von der sich Amoy leicht erreichen läßt, festgesetzt hat, scheint geneigt, sich auf guten Fuß mit unseren Kaufleuten zu stellen, und hofft, daß man ihm gestatten wird, den Vertrags-Hafen Futscho zu besetzen. Es ist offenbar, daß diese Rebellenführer große Städte in der unmittelbaren Nähe von Swato, Amoy und Futscho einnehmen, und es scheint unvermeidlich, daß wir wieder an Orten, wo wir nicht so leicht mit ihnen fertig werden können, wie zu Shanghai, mit ihnen in Berührung kommen. Zu Amoy giebt es keine besondere europäische Niederlassung, wie zu Shanghai, und Futscho liegt einige Meilen landeinwärts an einem schmalen, für die Schiffsahrt schwierigen Flusse. In beiden Häfen wohnen Chinesen und europäische Kaufleute durch einander, und es würde ein großes Unglück sein, wenn diese Städte geplündert oder verbrannt würden. Wir wollen damit keineswegs sagen, daß dies wahrscheinlich eintreten werde; allein es kann immerhin nichts schaden, wenn wir uns unsere Stellung klar machen. So wird es denn auch begreiflich, wenn wir hören, daß die Schiffe "Janus", "Flamer", "Dove" und "Swallow" gegenwärtig sämtlich zu Amoy liegen."

Telegraphische Depesche.

Wien, 7. März. In der gestrigen Abenditzung des Finanzausschusses waren Regierungsvertreter nicht anwesend. Das Budget des Handelsministeriums wurde um 680,000 Gulden abgestrichen, sodann das Budget des Unterrichtsraths behandelt.

(Wolfs T. B.)

Breslau, 7. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Hinterhäuser Nr. 9 eine schwarze Buckskin-Hose; neue Schweidkäfer-Straße Nr. 6 ein fünf Ellen langes u. drei Ellen breites weißes Tischtuch, gez. S., ein Frauen-Unterrock von weissem Shirting, fünf leinene Taschentücher, ein lila färbunes Halstuch und eine gehäkelte Schubdecke; Kirchstraße Nr. 28 ein brauner Frauen-Überrock mit hellbrauem Futter, ein Frauenrock von grauem Stoff, eine blaue Parchenthaube, ein weihwollenes Shawl und zwei Stüberdecken; kleine Domstraße Nr. 5 ein kupferner Kessel und ein eiserner Dreifuß; Neumarkt Nr. 12 vier Mannshäden, vier leinene Frauenhemden, ein Handtuch, drei weiße Frauen-Unterröcke, ein weißer Batistrock mit rosa Blumen, zwei weiße Blique-Bettdecken, ein großes und ein kleines Tischtuch; Ohlauer-Straße Nr. 41 zwei Manns-Überhenden, vier Frauenhämde von Shirting, fünf Stück leinene Mannshäden, zwei derselben gezeichnet R. B. und eins gezeichnet S. C., ein Paar partchenreiche Unterhosen, ein Kinder-Unterbeinkleid von Parchent, zwei Frauenjachten von Parchent, zwei feine Handtücher, gezeichnet R. B. und S., sowie ein blau- und weißfarbiger Deckbett-Überzug und ein dergleichen Kopftücher-Überzug; Oderstraße Nr. 17 zwei leinene Manns-Häden, gezeichnet S. C.; Matthiasstraße 14 ein weiß und schwarz karriertes Mullkleid mit kleinen Blumen durchwirkt, vier Mullröcke, theils mit breiten, theils mit schmalen weißen Spangen besetzt, ein Frauenschürze von weißem Kattun, ein weißer Casimir-

Mantel, eine Frauenjachte von schwarzem Taft mit weißen Spangen besetzt, ein leinenes Taschentuch, ein paar belli Handtücher und ein Muff von Genotten. — Belzwerk mit lornblau seidenem Futter; Laurentiusplatz 3 ein Mannshemd, ein Frauenhemd, gez. A. R., ein weißer Unterrock, zwei Handtücher, gez. A. R., ein schwarzes Cambrilkleid und ein rot und weiß karriertes Kattunrock.

Verloren wurden: Ein Gesindes-Dienstbuch, lautend auf Rosine Brückner aus Lehmgruben; eine Brieftasche von braunem Leder, in derselben befanden sich ein preußischer Zehntaler-Kassenchein und ein auf den Fleischer und Viehhändler Gottlieb Schaar zu Peitzerwitz, Kreis Ohlau, lautender Gewerbeschreib; eine goldene Damenuhr.

Angelkommen: Schmidt, Geh. Ober-Kammerrath, aus Berlin, Fürst und Fürstin Ursula aus St. Petersburg. (Pol.-Bl.)

* Breslau, 7. März. [Feuerwehrgefahr.] Die Hauptfeuerwache wurde gestern Abend um 10% Uhr nach dem Hause Nr. 8 der Zwischenstraße geholt, wo in einer zu der dortigen Schmiedewerkstatt gehörigen Kammer eine Partie Vaist und Berg in Brand gerathen war. Da das Feuer bald entdeckt wurde, so gelang es den Hausbewohnern noch vor Ankunft der Feuerwehr die Gefahr zu beseitigen.

(Motiven aus der Provinz.) * Görlitz. Die Niederschles. Ztg. schreibt: Die Gründung der Gebirgsbahn, welche allseitig in diesem Sommer erwartet wurde, und als deren letzten Termin man fürzlich noch den 1. Juni d. J. bezeichnete, ist noch weit im Felde. Das vorzüglichste Hindernis ist die Eisenbahnbrücke bei Langenbans hinter Lauban. Die Stelle, an welcher dieselbe projektiert war, hat nämlich keinen halbarten Grund, und die Berücksicht, die Brücke, welche sich bald nach ihrer Vollendung befand, senkte zu stützen, haben sich als fruchtlos erwiesen; die errichteten Strebepeiler haben sich ebenfalls gesenkt. Es wird deshalb jetzt, wie verlautet, erwogen, ob es nicht ratsam sei, jener Strecke eine andere Richtung zu geben, um wo möglich die unzuverlässigen Stellen ganz zu umgehen.

+ Erdmannsdorf. Von hier wird der "Nied. Ztg." geschrieben: „Auch im biegsigen Kreise hat die Erklärung der evangel. Geistlichen Breslaus gegen Schenkel unter den Geistlichen curirt. Ob sie von allen unterzeichnet worden ist, darüber habe ich keine Kenntniß; aber gewiß werden nur wenige fehlen. Interessant war mir nur, was hier erzählt wurde, daß einzelne Geistliche des Kreises den Namen Schenkel gar nicht gekannt haben sollen. Ich kann nicht verbürgen, daß dies gegründet ist, aber ich halte es nicht für unwahrscheinlich.“

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, in Meter Linien, die Temperatur der Luft nach Raumtemperatur.	Barometer, rometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 6. März 10 U. Ab.	329,03	+ 0,4	SD. 2.	Bedeut.
7. März 6 U. Mrg.	329,16	- 2,8	O. 1.	Heiter.

Breslau, 7. März. [Wasserstand.] O.-P. 15 J. 13. U.-P. 2 J. 5. Eisstand.

London, 2. März. [Viehmarkt.] Das Angebot von Hornvieh war heute ein ziemlich starles und der Absatz deshalb schleppend zu Montagspreisen. Die Zuliefer von Schafen war gut, der Handel aber leblos zu kaum den leichten Raten. Kälber knapp zu vollen Preisen, gesucht. Schweine-Handel feist.

Gesamt-Zufuhr: 1260 Stück Hornvieh, 3912 Schafe, 170 Kälber, 360 Schafe. Fremde Zufuhr: 360 Stück Hornvieh, 800 Schafe, 164 Kälber.

Hamburg, 4. März. [Viehmarkt.] Schweinehandel mittelmäßig. An den Markt gebracht wurden 870 Stück, wovon 16 Stück unverkauft blieben. Preis innerhalb der Accise 30—36 Mark, außerhalb der Accise 29 bis 35 Mark pr. 100 Pf. — Kälberhandel flau. An den Markt gebracht wurden 62 Stück, wovon 6 Stück unverkauft blieben. Preis 34 bis 44 Mark pr. 100 Pf.

Louis'dor 110% G. Ost-Bkn 90% bz

Goldkronen 9,8% G. Pol.-Bkn. —

London, 6. März. [Viehmarkt.] Das Angebot von Hornvieh war

heute ein ziemlich starles und der Absatz deshalb schleppend zu Montags-

Preisen. Die Zuliefer von Schafen war gut, der Handel aber leblos zu kaum

den leichten Raten. Kälber knapp zu vollen Preisen, gesucht. Schweine-Han-

del feist.

Gesamt-Zufuhr: 1260 Stück Hornvieh, 3912 Schafe, 170 Kälber, 360

Schafe. Fremde Zufuhr: 360 Stück Hornvieh, 800 Schafe, 164 Kälber.

Hamburg, 4. März. [Viehmarkt.] Schweinehandel mittelmäßig.

An den Markt gebracht wurden 870 Stück, wovon 16 Stück unverkauft blieben.

Preis innerhalb der Accise 30—36 Mark, außerhalb der Accise 29 bis 35 Mark pr. 100 Pf. — Kälberhandel flau. An den Markt gebracht wurden 62 Stück, wovon 6 Stück unverkauft blieben. Preis 34 bis 44 Mark pr. 100 Pf.

Wien, 6. März. Nachm. 3 Uhr. Consols von Mittags 12 Uhr waren

28% gemeldet. Die Rente erhöhte in Folge dessen in matter Haltung zu

67, 70, stieg, als von Seiten des Credit-Mobilier Räufe stattfanden, auf 69,

90, fiel bis 67, 85 und schloß hierzu bei ziemlich belebtem Umsatz.

Credit-Mobilier begann zu 860, stieg auf 902, 50 und wurde schließlich zu 888, 75

gemacht. Schluss-Course: 3proz. Rente 67, 85. Italien. 3proz. Rente

65, 20. Span. 3proz. Spanier. — Oesterl. Staats-Globen-Aktien 88, 75. Lomb. Globen-Aktien 54, 75. Credit-Vloh-Aktien 88, 75. Lomb. Globen-Aktien 54, 75.

London, 6. März. Nachm. 4 Uhr. Consols 88%. 1proz. Spanier 41%. Sardinier 77. Mexikaner 26. 5proz. Italien 89%. Neue Russen 88%. Silber 61%. Türk Consols 53%. 6proz. Ver. St. Anl. pr. 1862 53%.

Der Dampfer "Oneida" ist aus Rio de Janeiro in Southampton eingetroffen.

Wien, 6. März. Nachm. 2 Uhr. Credit-Aktien bewegt. — Schluss-

Course: 3prozentige Metalliques 71, 50. 1854er Fiose 88, 40. Bank-

Aktien 803, 25. Nordbahnen 181, 90. National-Anleihe 78, 60. Credit-

Aktien 184, —. Staats-Eisenbahn-Aktien-Gert. 199, 70. Galizier 222, 50.

London 112, 40. Hamburg 84, 30. Paris 44, 70. Böhm. Westbahn 163, —.

Creditloose 128, 80. 1860er Loosse 93, 10. Lombard. Eisenbahn 245, 50.

Frankfurt a. M., 6. März. Nachm. 2½ Uhr. Die Stimmung war

anfangs sehr, später milder. Neue Finn. 4½% Vandro 83%. Nach Schluss

der Börse 1860er Loosse 82%. Creditloose 192%. Schluss-Course: Ludwigsh-

Beck 149% B. Wiener Webel 104%. Darmst. Bank 237%. Darmst.

Zettel. Bank 260. 5prozent. Metall. 62%. 4½ proz. Metall. 55%. B. 1854er

Fiose 77 B. Oesterl. Natl.-Anl. 68%. Oesterl. Franz. Staats-Eisenbahn —.

Oesterl. Bank-Anteile 834. Oesterl. Credit-Aktien 192 B. Oesterl.

Güsselb.-Bahn 117½ B. Rhein-Nahebahn 30%. Hess. Ludwigsbahn 135½.

1860er Loosse 83%. 1864er Loosse 91½ B. Böhm. Westbahn 72%. Finn. Anl. 84%. 6% Vereinigte Staaten-Anl. pr. 1882 54½%.

Hamburg, 6. März. Nachm. 2½ Uhr. Ziemlich lebhaftes Geschäft.

Creditloose seit gestern. Geld reichlich.

Schluss-Course: National-Anleihe 69%. Oesterl. Credit-Aktien 81%. Vereinsbank 106%. Nordb. Bank 115%. Rheinbahn 80%. Finnland 88%. Finnland-Anl. Anl. pr. 1862 49%. Distolto 2%.

Hamburg. 6. März. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig. April-Mai.

5400 Pfd. netto 93 Bantohaler Brief u. bez. 92½% Geld. Roggen fest.

April-Mai 5100 Pfd. brutto 79 Brief. 78 Geld. Königslberg April 53½

bz. u. Gelb, 54 einzeln zu erhalten. Del Mai 26. Ott. 25%—25%, ruhig u. fest. Bint matter zu 13 erhältlich, wie es heißt pr. Frühj. zu 12½% gemacht.

Liverpool, 6. März. Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. Preise unregelmäßig. Amerikan. 17, Dohlerah 13½—13, Comra 12½—12, Bengal 7, China 10%, Egypt 17—16½.

2 Uhr. 8000 Ballen Umsatz. Preisetheilweise 2½ d. höher als am vergangenen Freitag.

London, 6. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Gerste einen halben bis einen, Hafer einen halben Schilling niedriger. — Regen.